

Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter

Verlag Heim. Jahrbroch, Düsseldorf, Floraftr. 7, Tel. 127 92. Druck und Versand Joh. van Aken, Krefeld, Luth. Kirchstr. 65, Tel. 246 14. Bestellungen durch die Post für den Monat 1.— 2.—

Nummer 36

Düsseldorf, den 10. September 1932

Verjandort Krefeld

Und wieder:

Menschen in Not!

Eine Eingabe unsers Verbandes an die Reichsregierung

Der Hauptvorstand unseres Verbandes hat an die Reichsregierung folgende Eingabe gerichtet:

Die furchtbare Notlage tausender Textilarbeiterfamilien erfordert dringend den Einsatz staatlichen Schutzes und staatlicher Hilfe. Nach den Erhebungen des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter waren im Monat Juli 28,8 v. H. der Mitglieder voll arbeitslos, 51,5 v. H. Kurzarbeiter. Der Hundertsatz der Vollarbeitslosen in der Textilindustrie ist jedoch erheblich größer, da der Verband nur jene arbeitslosen Mitglieder zählt, die noch Anspruch auf Verbandsunterstützung haben.

Seit vier Jahren leidet die Textilarbeiterschaft ohne jedes eigene Verschulden unter den unheilvollen Auswirkungen der Krise. In unverantwortlich rücksichtsloser Weise wurden besonders in letzter Zeit die selbst unter normalen Beschäftigungsverhältnissen sehr niedrigen Löhne auf einen ungläublichen Tiefstand abgebaut. Dieser rigorose Lohnrückgang der Arbeitgeberverbände fand eine unverständliche Unterstützung durch staatliche Schlichtungsstellen. Bei dem tiefen Lohnstand ist insbesondere das Lohnneinkommen jener Kurzarbeiter, die zum Teil schon seit Jahren nur zwei bis drei Tage in der Woche arbeiten, so gering, daß sie mit ihren Familien hungern müssen. Das Existenzminimum für eine dürftige Lebenshaltung ist längst unterschritten, man kann kaum noch von einem Vegetationsminimum reden.

Bei den niedrigen Lohnsätzen und einem entsprechend unzureichenden Lohneinkommen sind die Unterstützungsbezüge der Vollarbeitslosen in den meisten Fällen völlig unzureichend zur Beschaffung unentbehrlicher Lebensmittel und zur Deckung sonst notwendigen Bedarfs.

Dieses Uebermaß unverschuldeten Elends muß schlimmste Auswirkungen zeitigen. Gesundheit und künftige Lebens- und Leistungsmöglichkeit insbesondere der Kinder der hartbetroffenen Familien sind äußerst gefährdet. Schlußlosigkeit gegen unverantwortlichen Lohnrückgang, gänzlich unzulängliche Hilfe bei jahrelanger Arbeitslosigkeit rauben den Betroffenen Lebens- und Schaffensenergie, rauben den Glauben an soziales Verständnis und Gerechtigkeit der Wirtschaftswelt wie der Staatsführung, erzeugen Verbitterung und Haß, führen zur Radikalisierung und damit zur Gefährdung staatlicher und gesellschaftlicher Ordnung, verschärfen die Wirtschaftskrise und steigern die Arbeitslosigkeit durch übermäßige Schwächung der Kaufkraft.

Ausmaß und Auswirkungen der Arbeitslosennot in den Textilarbeiterfamilien zeigen die Schilderungen in der beigelegten Anlage. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Gesamtverhältnisse in der westfälischen Textilindustrie nicht ungünstiger sind als in anderen großen Textilgebieten. Wer die Ergebnisse der sorgfältigen Erhebung und die ungefärbten Darstellungen auf sich wirken läßt, wird die Forderung auf unverzügliche und ausserordentliche Schutz- und Hilfsmaßnahmen begründet und berechtigt finden.

Als dringendste, unbedingt notwendige Maßnahmen werden gefordert:

1. Unterbindung jeder weiteren Lohnkürzung und Erhöhung der schon zu tief gedrückten Tarifföhne durch Unterstützung der behördlichen Schlichtungsstellen.
2. Ausreichende Unterstützungshilfe für Arbeitslose und Kurzarbeiter durch entsprechende Änderung des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung sowie der Bestimmungen über Krisen- und Wohlfahrtsfürsorge. Beiträge und Leistungen sind in ein gerechtes Verhältnis zu bringen.
- Die zusätzlichen Mittel des Reiches für den Unterhalt der Arbeitslosen sind nach den Grundsätzen sozialer Gerechtigkeit durch Erhöhung der Einkommensteuer unter progressiv steigender Belastung der höheren Einkommen aufzubringen.
3. Die Arbeitsbeschaffung ist durch stärkere Heranziehung der größeren Vermögen wie der höheren Einkommen zur Ausförderung größerer Mittel zu fördern.
4. Um einer großen Anzahl Arbeitsloser Beschäftigungsmöglichkeit zu geben, ist die Arbeitszeit gene-

rell entsprechend den allgemeinen Beschäftigungsmöglichkeiten in der Textilindustrie zu beschränken.

Dieser Eingabe unseres Verbandes sind in einem Sonderdruck die Berichte über die Lage der arbeitslosen Textilarbeiterfamilien in Westfalen beigelegt, von denen wir heute den letzten Teil veröffentlichen.

Gronau:

Zwei Kriegsbeschädigte, „ein Deutsch-Russe“ ein Wohlfahrtsempfänger und eine Kurzarbeiterfamilie

Man mag Gronau mit Fug und Recht „das deutsche Bolton“ nennen. — Keine andere Textilstadt kann dieser typischen Baumwollspinner-Stadt ihren Weltruf streitig machen, die größte Spinnerstadt Deutschlands und die größte Zwirnspinnerei-Stadt Europas zu sein. An die 6-700 000 Zwirnsspindeln laufen hier bei normaler Beschäftigung, über 7000 Menschen Arbeit und Brot gebend. Jetzt steht ein großer Teil der Werke still, ein anderer arbeitet verkürzt. Die „Rationalisierung“ hat mit dem Uebergang zur Mehrspindelbedienung ein Uebriges getan, Tausende von Menschen arbeitslos zu machen. So gehen sie „stempeln“, in der Arbeitslosen- oder Krisenunterstützung oder als Ausgesteuerte, Wohlfahrtsunterstützte. Im Grunde ist dabei kaum noch ein Unterschied, denn die Mu- und Kru-Empfänger liegen ja doch kaum noch über den Wohlfahrtsunterstützungssätzen.



Arbeitslosen-Elend:

Der Alltag ohne Arbeit und Aussicht auf Besserung, in Not und Sorgen, wird zur Qual!

— Im Gegenteil; zu einem Großteil sind die Bezüge, die sie auf Grund ihrer Arbeitslosenversicherungsbeitragspflicht erhalten, noch erheblich unter den Wohlfahrtsunterstützungen. „Von 1250 Mu-Empfängern im Arbeitsamtsbezirk Ahaus“, so berichtet man mir, „erreichen 500 nicht die Sätze der Wohlfahrtsunterstützung. Die „Bedürftigkeitsprüfung“ und der Abbau der Mu- und Kru-Leistungen hat ihnen den Garaus gemacht. — Von einer „Versicherung“, in die sie beitragspflichtig gemacht wurden, blieb ihnen nur der magere Trost, dem Namen nach „anspruchsberechtigt“ zu sein — wenn ihre „Bedürftigkeit“ nachgewiesen ist. — Anspruchsberechtigt mit niedrigeren Sätzen.“

Stadt der Hunderttausenden von Spindeln ohne Arbeit, Stadt der Arbeitslosen, das ist Gronau heute. Stadt der Arbeitslosen, denen die Notverordnung Versicherungsrecht und -anspruch zerschlug.

Zwei Jahre arbeitslos.

— Er war Schreiner. Das heißt, schon ehe er „abgebaut“ wurde, hat er wohl mehr krank gearbeitet als ge-

arbeitet. Von seiner Kriegsbeschädigung behielt er ein Magenleiden, das ihn zuletzt sieben Monate arbeitsunfähig machte. Dennoch wurden seine Rentenanträge immer wieder abgelehnt. Dann kam die Entlassung. Erst Arbeitslosenunterstützung, dann „Krise“. Und dann — seit Mitte Juli — nichts mehr.

Denn in der Familie sind noch „Verdiener“! Ein 19-jähriger Sohn und die 17-jährige kurzarbeitende Tochter. Sie soll zwar, wie der Arzt sagt, nicht mehr arbeiten. Stark unterernährt, blutarm und nervenkrank bekommt sie — oft fünf-, sechsmal in der Woche — nachts Krämpfe, Nervenanfälle von der Ueberanstrengung ihres zu schwachen Körpers im Betriebe. Aber — ihr geringer Verdienst wird gebraucht, woher sonst leben mit Frau und acht Kindern? So bringen die beiden Ältesten durchschnittlich 20.— RM. in der Woche mit nach Hause. Kaum einmal mehr. Solange er dazu die Krisenunterstützung bekam, 24,40 RM. in der Woche, ging's wohl. Aber seit die auch weggefallen ist, fehlt's am nötigsten. Woher soll's auch kommen bei 20.— RM. Wocheneinkommen? 5.— RM. gehen davon ab für Miete, Licht und Wasser, 1,50 RM. für Heizung, 13,50 RM. bleiben so übrig in der Woche zum Leben. Für 10 Personen 1,33 RM. pro Tag — 19 Pf. pro Kopf. — Dabei auch das 14-jährige Kind krank, schlaflos und arbeitsunfähig, das 6-jährige ebenso schwächlich und kranklich. Der Junge braucht eine neue Brille — die Hälfte soll zugezahlt werden — von was? Kleidung, Schuhwerk und Schulbedarf ist nötig — moher nehmen? — „Soll ich stehen gehen?“ fragt der Mann uns bitter! „Und er haben Hunde, die sie pflegen, besser als wir leben können. — Unsere Kinder aber müssen hungern. — Wir müssen ja, ob wir wollen oder nicht, wir müssen ja Kommunisten werden!“

— Eben war er wieder im Amt, nachfragen wegen seines erneuten Wohlfahrtsantrages. Wieder ist er abschlägig beschieden worden. So schlussfolgert er: „Wenn ich mich strafbar mache, werde ich eingesperrt, dann hat die Frau wenigstens einen Eßer weniger — ist das nicht klüger?“

Was sollen wir antworten? —

Ich werfe einen Blick in die Schlafräume: Armut, bittere Armut auch hier. „Hier schlafen der 14- und 17-jährige — und hier das 7- und 8-jährige“, weist uns die Frau zwei Bettstellen. Die Decken über den dürftigen Lagern sind dünn und abgenutzt, vielfach notdürftig geflickt. Für den Sommer jetzt mögen sie ausreichen, aber für den Winter? „Wir haben noch nichts an Sachen vom Wohlfahrtsamt bekommen, trotz der Krankheit der Kinder und der zweijährigen Arbeitslosigkeit“, meint die Frau mit einem Anflug von Stolz. — Ein armer Stolz! — Wie recht sie doch klug: „Wie das zum Winter nur werden soll — das fragen wir uns alle Tage.“ Und dann erzählt sie uns vom Ältesten, dem Hauptverdiener: „Bisher gab er ja alles willig her — aber da jetzt die Krisenunterstützung weggefallen ist und wir mit den 20.— RM. wöchentlich auskommen müssen, wird er auffällig: „Ich gehe fort, wenn ich von meinem Lohn nicht einmal mehr zu essen hab“, murrte er. „Wofür arbeite ich denn? — Die Wohlfahrt muß auch ja doch ebenjoviel geben, wenn ich weg bin!“

So droht Familien-Glück und -Sinn zu zerbrechen, weil's nicht reicht, nicht zum Notwendigsten reicht. — Alles zerstört diese Not. —

„Sie haben die moralischen Kräfte zermürbt.“

Ebenfalls ein Kriegsbeschädigter. An den Folgen einer Kopfverletzung leidend, aber „nur“ 20prozentig erwerbsbeschränkt und so ebenfalls ohne Rente. Arbeitslosenunterstützungsempfänger jetzt mit wöchentlich 14,40 Mark. — „Dank“ des Vaterlandes! —

Die knappe Wohnung ist sauber, aber arm. Wie überall in diesen Familien. Hier zwei Jahre kurzarbeitete und dann seit einem knappen Halbjahr arbeitslos ist, kann nicht mehr auf „Wohnungs-luzus“ sehen. Der muß froh sein, wenn er noch so durchkommt. Zumal, wenn, wie hier, zu den eigenen drei Kindern noch ein „nicht unterstützungsberechtigtes“ viertes kommt. Ein „Zindel-

Kind" gewissermaßen; das des Schwagers, dessen Frau irrsinnig und der selber ebenfalls arbeitslos und ausgeheuert ist — und noch dazu Ausländer. — Für zufällige Nächstenliebe eines Arbeitslosen aber kann das Arbeitsamt nicht aufkommen, das ist „eigene Sache“, damit muß man sich schon abfinden. —

Und man „findet sich ab“. — Die Sterbeversicherung mußte verfallen. Zeitung und Vereine wurden abbestellt. Das einzige, was man an „Sonderausgaben“ sich noch gestattet, ist der notwendige freiwillige Invalidenbeitrag — 20 Marken K.L. 2 in zwei Jahren, damit nicht dieser „Anspruch“ auch noch verfällt. —

Hart war auch hier der Unterstützungsabbau nach der letzten Rotverordnung. Von 18,15 M. auf 14,40 M. fast 4.— M. die Woche weniger bei sechs Personen. Wo jeder Pfennig rechnet und zehnmal umgedreht werden muß, ehe er ausgegeben wird! Miete, Wasser, Licht und Kohlen verschlingen schon mal über 7.— M. jede Woche. Was aber kann man mit 7.— M. wöchentlich, die so übrig bleiben, schon anstellen bei sechs Personen? Am Tage 1.— M. für Kost, Kleidung, Schuhwerk, Wäsche und alles sonst. —

„Unsere Frauen müssen wahre Hauswirtschaftlerinnen sein, um damit runder zu kommen,“ meint der Mann. Und ich muß an manchen Hausfrauenabend, Koch-, Anrichte- und Servierkursus denken, den andere Hausfrauen veranstalten. Diese arbeitslosen Frauen haben freilich mit Anrichten und Servieren wenig Sorgen, — ob ihnen aber eine jener anderen Hausfrauen ihre n Haushaltungs-Spar-Rekord schlägt? Wahre Künstlerinnen sind sie — ich fürchte nur zu oft wahre Hungerkünstlerinnen!

Wie proper dabei dennoch die Kinder aussehen! Schmal zwar — ich scherze mit der Ältesten: „Ein Weisfalkenkind bist du aber nicht!“ — wohl etwas blutarm und zu knapp gehalten. Die Frau hält das Kleinsten, das Findestkind auf dem Arm. „Man kann doch das arme Wurm nicht verkommen lassen,“ meint sie. So schleppt man auch das Kleine noch mit durch, schlecht und recht — ein jedes schränkt sich eben noch etwas mehr ein, denn das ist eine „Privatsache“, für die das Wohlfahrts- oder Arbeitsamt nicht auch noch aufkommen kann. — Unwillkürlich kommt mir jene Feststellung der letzten Regierungserklärung von den „übersteigerten Wohlfahrtsleistungen“ des Staates in den Sinn: —

„Sie haben die moralischen Kräfte unseres Volkes zermürbt!“

Der „Deutsch-Russe“.

Die Bezeichnung ist, um es vorauszusagen, eigentlich falsch. Er ist Deutscher und war lediglich bis zum Kriege in Südrussland ansässig, müßte also richtiger „Auslandsdeutscher“ genannt werden. Aber ich will ihm die Benennung seiner Verbandskollegen lassen, dem „Deutsch-Russen“. — Bei ihm fand ich, und nur in ganz verschwindend wenigen Fällen außer ihm, zum ersten Male Schulden! Das hat freilich mit seinem Auslandsdeutschtum nichts und doch wieder vieles zu tun. Nichts mit seiner auslandsdeutschen Art, alles mit seinem auslandsdeutschen Schicksal. Wer jahrelang interniert war, in der Inflationszeit nach Deutschland kam und nach jahrelangem Existenzkämpfen sich schließlich nach der Deflationszeit erst seinen eigenen Haushalt gründen konnte, und wer dann mit zwei Kindern über zwei Jahre kurzarbeiten mußte, der kann wohl kaum auf einen grünen Zweig kommen. Den zwingen nötige Anschaffungen fast zum Abzahlungskauf, und man kann es wohl noch allerhand nennen, wenn diese Schulden dann bis auf 60.— M. abgetragen wurden. — Bis eben die Arbeitslosigkeit einen Strich durch die Rechnung machte. — Denn bei 12,60 M. Wochenunterstützung wird jeder Groschen zum Goldstück und werden 60.— M. zu einem Kapital, das auch im Abtragen unerträglich wird. 4.— M. an Lebenshaltungskosten durch die Rotverordnung waren eben auch hier alle Vorherrechnungen über den Garaus. — 6.— M. die nach Abzug von Miete, Licht, Wasser, Kohle und herabgesetzte Versicherungsprämie zum Leben übrig bleiben für vier Personen, reichen nicht ans Existenzminimum. — Ob einem als Auslandsdeutschem das „Baterland“, für das man interniert war und in händiger Lebensgefahr stand, unter solchen Verhältnissen nicht doch manchmal in anderem Lichte erscheint? Das wiedergefundene Vaterland, in dem man „übrig“ ist, ohne Arbeit und Existenz? —

Und wie man auf Arbeit wartet, Tag um Tag! — Das Aufleuchten jenes Augenpaars zeigte mir's, als der Junge des „Deutsch-Russen“ atemlos ankam: „Vater, du sollst sofort zum Fabrik-Förderer kommen!“ — Wie plötzlich die milde, verdeckte Blick hell und lebendig wurde! Wie die Stimme bewegt war, von hunger, freudiger Erregung und Erwartung: „Ob die Arbeit für mich haben?“ — Wir fanden kaum mehr Zeit zu einem knappen „Auf Wiedersehen!“, so trieb ihn die Unruhe fort. — Eine Hoffnung! —

Beinahe ein „Vollverdiener“

Ja, er ist in seinem „Einkommen“ wirklich beinahe ein „Vollverdiener“ — jener Pflichtarbeiter, der für seine Wohlfahrtsunterstützung bei 1,50 M. Zuschlag drei Tage in der Woche in der Rekonstruktion schafft. 26.— M. bekommt er, arbeitslos seit drei Jahren, für seine siebenköpfige Familie. Wenn er auch eine hohe Miete zu zahlen hat (7.— M. wöchentlich), und so an Ausgaben für Wohnung, Licht, Wasser, Heizung rund 10.— M. die Woche abgeben, so bleiben ihm doch noch immer 16.— M. in der Woche. Beinahe möchte er einem „beneidenswert“ scheinen, gegen alle die anderen. —

Table with 2 columns: Item and Amount. Items include 2 Liter Milch, 5 Brote, 1/4 Zentner Kartoffeln, 3 Pfd. Margarine, 1 Paket Servierkaffee, Mehl, Reis oder Gries, für Wäsche, Soda, Seife usw.

So kann er leben, dieser Wohlfahrtsdienstlose — beinahe wie ein „Vollverdiener“. Und er ist doch — als ich

ihm von den anderen erzähle, daß es ihm noch „so gut“ geht. — Und daß die Kinder, die Frau und er selber alle gesund und wohlpafl sind —, daß er nicht zu den „anderen“ gehört. —

Eine Kurzarbeiterfamilie.

Vier Personen arbeiten und „verdienen“ in dieser Familie noch, — da kann's doch noch gut stehen, wird's so arg mit der Not nicht sein, denkt leicht der Augenstehende, und selbst mancher Mitarbeiter sagt es wohl: „Hier Verdienet und wenn's auch nur Kurzarbeiter sind, das gibt doch immerhin wenigstens noch einen Vollverdiener. Wo aber noch ein Vollverdiener ist, da ist noch gut durchkommen.“ Wichtig —? Auch bei 12 Personen wie hier? Schauen wir einmal nach: —

37.— bis 38.— M. bringen die vier Kurzarbeiter, der Mann und die drei ältesten Söhne (14, 17 und 20 Jahre alt), wöchentlich heim. Ein guter Vollverdiener! 12 Personen aber müssen davon leben. In Miete gehen wöchentlich ab 5.— M., an Licht und Gas 1,20 M., an Kohle 2,40 M., Verband 1,40 M., Sterbeumlage 40 Pf., sind 10,40 M. bleiben also zum Leben, für Nahrung, Kleidung usw., noch rund 17.— bis 18.— M. in der Woche. — Für 12 Personen. —

Für 12 Personen! — Sollen wir die hauptsächlichsten, notwendigsten Lebensmittelausgaben einmal abbieren? — Sparen wir uns die Rechnung und schauen wir lieber in Wohnung und Haushalt dieser Menschen selbst. Die „Küche“, halb Vorraum, ist für den notwendigsten Bedarf ausgestattet mit Herd, einer Bank und einer Kiste für die Kohlen. Das „Wohnzimmer“ enthält einen Tisch, vier oder fünf Stühle und einen Küchenschrank. Oben hinter den Aufzugsgeigen stehen ein paar Tassen, Teller und ein Krug. Ich öffne die untere Schranktür — zwei große Fächer, die leer sind. Rein, nicht leer. Im unteren Fach liegt ein halbes Brot, daneben steht eine Schüssel mit etwa 1/2 Pf. Margarine und eine Schale mit etwas Zucker. Das ist alles in diesem Küchenschrank. Einen anderen, etwa einen Speiseschrank oder einen Kasten, ein Regal mit Kästen für Reis, Mehl, Salz usw. gibt's

Bocholt:

„Et is nörgends bäter as hej“

Wer Bocholt eine „schöne“ Stadt, in des Wortes gemeinläufiger Bedeutung nennt, ist entweder ein Illusionist oder ein — Einheimischer. Man kann das wohl sagen und dennoch sich für Bocholt ehrlich begeistern. Wie sagt doch ein altes Bocholter Sprichwort: „Et is nörgends bäter as in Bokelt!“ (Es ist nirgends besser als in Bocholt.) — Die Stadt hat „etwas an sich“, in ihrer Regsamkeit und Geschäftigkeit — in ihrem Ausdruck emsiger Arbeit. Eine Unzahl Kleinbetriebe „zieren“ das Stadtbild, und von architektonischer Schönheit ist wahrlich dabei nicht übermäßig viel zu verspüren. — Gewiß, auch schöne alte Gebäude nennt die Stadt ihr Eigen — aber ihr eigenes Wesen ist Industrie, Werkätigkeit. So liegt sie doppelt tot jetzt, da zahllose Werkstätten und Kleinbetriebe mit ihren nüchternen roten Ziegelmauern stillstehen, leer und einsam, in der hellen Augustsonne doppelt verlassen und tot wirkend. —

Auch hier Krise — Arbeitslosigkeit und Rotverordnungsfolgen: Hunderte von Familien, deren Unterhaltungen um 3.—, 4.— und 5.— M. die Woche gesenkt, zum Teil ganz gestrichen wurden, weil „keine Bedürftigkeit nachgewiesen“, oder der Unterstützungsanspruch erloschen ist. Nur hier das Bild der Arbeitslosigkeit mehr „städtischer“, nüchterner und noch mehr „industriemäßiger“, wenn man so sagen soll — im Vergleich zu jenen halbbländlichen Kommunen, in denen Handwerk, Industrie und Landwirtschaft noch besseren Ausgleich finden, als hier in dieser ausgeprägten Industriestadt. Auch die Menschen von anderer Art: selber realer und nüchterner. — Auch ihr Wohnen und Leben wohl. Es ist, als habe das unweite Industriegebiet, das Kohlen- und Eisenbecken von der Ruhr hierher abgefährt und die Dinge beeinflusst. —

„Ein Glück, daß wir die Rente haben.“

Der Mann ist wieder unterwegs, bei der Familie, die wir zunächst aufsuchen. Um Holz als Ersatz für Kohle zu schaffen, geht er mit noch anderen Arbeitslosen zum Bauer, Stöcke auscoden. Statt des Lohnes gibt's dann ab und zu mal eine Wurzel, einen Stock, der wird zu Haus zerhackt und zu Brennholz gebläut. —

Er ist auch kriegsbeschädigt: Linker Oberarm zerföhren und Rückenfuß — Länge 36.— M. bekommt er monatlich Rente. Dazu 11,70 M. (vor der Kürzung 15.— M.) Kriegsunterstützung, 19,70 M. also Gesamteinkommen pro Woche. Für Mann, Frau und fünf Kinder, das älteste 14, das jüngste 2 Jahre. Für Miete, Licht usw. 6,80 M. ab, bleiben 12,90 M. pro Woche. Für Arbeiterverein, Verband und Kriegsbeschädigtenorganisation (überall Arbeitslosenbeiträge) gehen noch 50 Pf. wöchentlich ab = 1,20 M. die Versicherung ist gestundet. —

Ein Glück, daß wir die Rente haben, so geht's uns immer noch besser als den anderen,“ meint die Frau, mit der ich mich über ihr Wirksamsten unterhalte. „Sorge macht uns nur die Älteste“. Sie ist blutarm, 14jährig und war schon viermal weg zur Kur. Immer zum Teil unter Zahlung der Hälfte oder eines Drittels der Kosten. Jetzt geht das auch nicht mehr. So muß man suchen, trotz der Arbeitslosigkeit — seit einem Jahre — und der geringen Unterstützung, ihr dennoch eine bessere

„Beil ich nur zeitweise beschäftigt gewesen bin, wurde mir bei meiner Entlassung die Arbeitslosenunterstützung verweigert. Dem Verbands, welchem ich meine Sache anvertraute, verbanke ich es, daß mein Anspruch auf Unterstützung im Einspruchsverfahren anerkannt wurde und ich bei der nächsten Unterstützungsanzahlung 85.— M. nachgezahlt erhielt. —

Ohne Verband hätte ich bestimmt nichts bekommen.“

Rüdiger L. Borghoff, arbeitslos.

nicht. Ein halbes Brot und eine Schüssel mit Margarine, daneben eine Schale Zucker — das ist alles in diesem Haushalt. —

Wir sehen uns die Schlafgelegenheit dieser 12 Personen an. Gleiche Not. Vier Schlafräume wohl — aber kahl und dürftig, ausgestattet mit einer Bettstelle immer für zwei oder drei Schläfer. Mit Strohhalm — zum Teil nicht einmal in Strohsäcken und mit dünnen verchliffenen Decken zum Zudecken. Für zwei Schläfer ein abgetragener Mantel als Zudecke. Im Winter müssen in diesen ungeheizten Kammern, mit diesen ungenügenden Zudecken die Schläfer mit klammen Gliedern schier vor Kälte erstarren, von Schlafen und „Austuben“ kann hier keine Rede sein. „Man möchte Kohlen kaufen, jetzt sind sie noch billiger“, sagt uns die Frau in Gedanken an den bevorstehenden Winter, „aber das Geld langt ja kaum zum Leben, so muß es eben bleiben.“ — Ist es nicht eine wahre Ironie? Die Menschen, die noch ausreichend Mittel zum Leben und Geld haben, können sich jetzt zentnerweise billige Kohlen kaufen; die Armen, denen es kaum aufs liebe Brot reicht, müssen sie im Winter und eimerweise holen. — Alles kehrt diese Not um. —

Anschaffungen? — Woher? So ist es auch mit Kleidung und Schuhwerk. Man sichtet und läßt sichten und ausbessern, bis es nicht mehr geht. Bis nichts mehr auszubessern ist. Für die Kleinen nach und schneidert die Frau notdürftig selber, solange noch ein Stück Leinen da ist. Aber auch damit wird's bald ein Ende haben, mit diesem Selberhelfen der Mutter. Sie ist in neuer Hoffnung — und dazu krank! Der Arzt verordnet ihr „Bettruhe“. Wie soll diese Mutter, diese Hausfrau von 12 Menschen, „Ruhe“ finden? Ihr Muttertum ist doppelte Not. „Der Arzt meint zwar, ich sei durch meine Krankheit gesundheitlich gefährdet — aber hat's bei den anderen gegangen, so wird's schon auch diesmal wieder geh'n.“ So tröstet sie sich selber und steht trotz Not und Sorgen zu ihrem Muttertum — zu ihrem Mutterleid. —

Vier Kurzarbeiter — zusammen ein Vollverdiener. — Ist das nicht auch noch Not? —

Pflege und Kost möglich zu machen, damit ihre Schwäche nicht noch schlimmer wird. Auf ein „Besserwerden“ kann man unter solchen Umständen kaum rechnen. —

Drei Kinder gehen zur Schule. Auch das schafft doppelte Ausgaben: „Der Mann will nicht, daß wir Bücher und Hefen von der Schulmohlfahrt nehmen.“ — „Aber so kommt doch fast jeden Tag eins um ein Heft, einen Griffel und was es sei — lange können wir das auch nicht mehr selber,“ seufzt die Frau. — „Und doch — wenn man an die anderen denkt — ist man noch gerne still,“ meint sie wieder. —

So trösten sie sich immer wieder mit den „Anderen“. Die „Anderen“! —

Hier wieder ein „Durchschnittsfall“, der uns zeigen mag, wie's ihnen geht, den „Anderen“.

Das letztmal Fleisch vor sechs Wochen.

Wieder eine kinderreiche Familie. Er war Lagerarbeiter. Arbeitslos ist er seit Januar. Aber schon im vergangenen Jahr hat er nur sechs Monate Arbeit gehabt. Das älteste von den zehn Kindern (das erste ist „untermwegs“!), ein 14jähriger Junge, ist beim Bauer, für Acker und Schafstalle. „So braucht er wenigstens nicht mit gefüttert zu werden,“ meint die Frau, „s reicht für die anderen kaum.“ Wir sind bald gründlich genug davon überzeugt. Die (abgebaute) Kriegsunterstützung beträgt 19,20 M., dazu 2,80 M. Wohlfahrt, sind 22.— M. wöchentlich für eine 12köpfige Familie. Davon sollen zunächst Miete, Licht und Gas, Wasser und Kohlen und dann noch für die Frau nachzuklebender Versicherungsbeitrag gezahlt werden, insgesamt über 6.— M. —

Kann man zu 12 Personen noch leben von 16.— M.? — Von 19 Pf. pro Kopf und Tag? Kann man davon Nahrung, Kleidung und alles, was fürs tägliche Leben notwendig ist, noch bestreiten? Kann man dieses „Leben“, zu dem solche Rotverordnungsverhältnisse zwingen, noch „Leben“ nennen? — Brot und Margarine — so sparfam als irgend möglich. Denn mehr als 5.— M. für Brot und 1,50 M. für Margarine dürfen wöchentlich nicht ausgegeben werden. Kartoffeln und wieder „Pfannkuchen“, aus Buchweizen und Roggenmehl in Öl gebacken — wieder knapp, ganz knapp, damit 1/2 Zentner Kartoffeln und 12 Pfund Mehl für die Woche reichen. Dazu 1—1 1/2 Liter Öl — wieder alles zusammen für 5.— M., höchstens 6.— M. pro Woche. Zum Mittagessen zubereiten dann noch 1 1/2 Pfund Schmalz für 1.— M. und 1 Pfund Kaffee für 30 Pf., täglich (für 6 Kinder unter 14 Jahren!) 1, außerdem 1 1/2 Liter Milch — schon ist der Lebensmittelaufwand dieser kinderreichen Familie auf 15.— bis 16.— M. wöchentlich angeschwollen. Und noch nichts für Kleidung, nichts für Schuh- oder Schuhreparaturen! „Ein Paar Sohlen sind fast jede Woche“, klagt die Frau, „und ein Paar Holzschuhe dazu, das sind schon 2.— bis 3.— M. jede Woche.“ — „Der GroÙe kann beim Bauer auch nicht immer barfuß und auch nicht in Lumpen gehen, da ist auch alle 8, 14 Tage immer so allerhand.“ Und was für die Kinder sonst noch sein möchte. Das eine hatte Mittelohrentzündung, der Junge möchte zum Zahnarzt — Kronkenschengebühr? — Zuzahlung? Nicht daran zu denken. — Die Kleine, ebenfalls schwach und kranklich, konnte jetzt in den Ferien mit von der Schule aus weg, 10 Tage. Aber wieder: Zuzahlung? — Unmöglich! So bleibt es. —

Auf meine Frage, ob sie denn nicht dann und wann einmal ein Essen mit Fleisch oder Brühknochen machen könnte, schüttelt die Frau den Kopf. „Das ist zu teuer, Tag nur genügen.“ Fleisch gab's das letzte Mal vor sechs Wochen, an „Peter und Paul“ (22. Juni). Da gingen zwei von den Kindern zur Erstkommunion. Da haben wir die Hindenburgpende, die wir bei der Geburt des 10. Kindes mit einer Zuschuß-Sparbuch-Einlage von der Stadt bekamen, von der Sparkasse für die notwendigen Anschaffungen abgehoben. — Seitdem haben wir Fleisch oder Wurst nicht mehr gehabt.“ —

Das letzte Mal Fleisch vor sechs Wochen! — Und neun Kinder am Tische, die satt werden sollen! Eine Mutter in

andern Umständen! Ohne Fleisch, ohne Brüste — knapp satt zu essen an Brot, Kartoffeln und „Del“-Pfannkuchen. Zu Mittag Essen ohne rechte Kraft. „Nagenfüllung“, kaum mehr. Kann man sich wundern, daß diese Mutter — blutarm und schwach — es kaum noch aushält unter solcher Last und Not? Ein Glück, daß die älteste Tochter ihr so rüstig zur Hand gehen kann! Sie wird auch in den kommenden Tagen dieser Mutter Hilfe und Stütze sein. — Wieder „ein Trost“.

„Wohlfahrtsstaat“ —? — denke ich unwillkürlich; als wir den Leuten abschiednehmend die Hände drücken. — „Wohlfahrtsstaat“ —?

„Erst Brot — dann Miete!“

— Eine kommunistische Parole? In den Großstädten, wo der Kommunismus bereits die Ernte dieser Arbeitslosennot häßt, meinetwegen ja. Im Leben der Einzelnen — dieser Altv., Krü- und Wohlfahrtsempfänger aber? — Nein! „Erst Brot — dann Miete!“ = ein Notgesetz — stärker als Paragraphen und geschriebenes Recht. Ein Notgesetz, das der Hunger diktiert!

„Erst Brot — dann Miete!“ sagte uns jener arbeitslose Kollege, der soeben vom Wohlfahrtsamt den abschlägigen Bescheid auf seinen Antrag zu einem Mietszuschuß nach Hause brachte, als wir ihn in seiner Wohnung besuchten:

„Abgelehnt, da die gewährte Krisenunterstützung den für die Familie in Frage kommenden Höchstfuß der öffentlichen Fürsorge erreicht hat.“ —

Auch er war, so lange er noch arbeitete, ein „guter Verdienner“. Er hatte 14 breite Automatenstühle und war in Lohnklasse 10. So bekommt er, arbeitslos seit Weihnachten, 24,40 M. Krisenunterstützung. Aber er wohnt teuer. In einem Nachkriegsbau des Wohnungsbauvereins. So hat er wöchentlich 7.— M., 1.— M. für Licht und Wasser, dazu nur einen halben Zentner Kohlen, sind schon 9.— M., die abgehen. Von 15,40 M. pro Woche zu 12 Personen leben?

„Der Oberbürgermeister wohnt in einer Villa, die ihm von der Stadt für 100 000.— M. gekauft wurde. — Tierdrehorgelorgeln sorgen für jeden Hund. — Wir aber können Miete zahlen und verkommen“, grüßte er, seiner bitteren Enttäuschung ehrlich Luft machend. — Ein Kommunist? — Ein Radikalismus? — Ich biete ihm, die Unterhaltung mit ihm fortsetzend, eine Zigarette an. Er dankt. — „Rauchst du nicht?“ frage ich. „O doch, ich habe sogar leidenschaftlich gerne geraucht“, meint er da lächelnd, „aber jetzt geht's nicht mehr. Wir brauchen jeden Pfennig zum Leben. — Und eh ich erst eine Zigarette rauche und mir's dann doppelt hart wieder abgewöhne, laß ich's lieber ganz.“ —

Und er rechnet mir vor, was ich in diesen Tagen so oft gerechnet habe: „22 Pf. für den Tag und Kopf — da kann man nicht auch noch rauchen.“ —

„Über das sage ich Euch“, meint er wieder zum Schluß, als wir gehen: „eh ich meine Kinder hungern lasse, zahle ich lieber keine Miete. Erst Brot!“ —

Wir geht's durch den Kopf: wenn nun alle diese notleidenden Menschen so sagen und handeln — was dann? — Einstellung der Unterstützungen? — Was dann? —

12 Pf. pro Kopf und Tag zum Leben.

Das sei nicht möglich? Hier ist der Beweis. Von all den geschilderten Notfällen der letzte „Fall“, mit dem wir unsere Besuche bei den arbeitslosen Textilarbeitern abschlossen:

Mann, Frau und ein Kind (drei Jahre). Er, arbeitslos seit dem 25. Januar, vordem über ein Jahr Kurzarbeiter. Krisenunterstützung von 14,85 M. gekürzt auf 10,80 M. wöchentlich. Für Miete, Wassergeld und Licht ab 6,80 M. Für Kohle ein Zentner 1,50 M. = 8,30 M. Bleiben zum Leben pro Woche 2,50 M. Sieben Tage, drei Personen = pro Tag und Kopf 12 Pf!

Wie man es anfängt, davon zu „leben“? Wir möchten jenen Leuten, die feststellten, daß unser Volk ein Leben führe, das „mit der Armut des Staates nicht in Einklang steht“, und all jenen, die immer noch meinen, „den Arbeitslosen ginge es gar nicht so schlimm“, mahlich empfehlen, zu jenen Arbeitslosen ein halbes Jahr in die Schule zu gehen!

„Es ist traurig genug, daß man auf die Hilfe anderer angewiesen ist“, meinte die Frau, die eben vom Bauer zurückkam, der ihr aus Gütigkeit für ihre Hilfe auf dem Felde ein paar Pfund Kartoffeln mitgegeben hatte. Und er erzählte uns beiläufig, wie er vor kurzem sich eine halbvermoderte alte Telegraphenstange ein paar Stunden weit vor der Stadt aus dem Chausseegraben heimgeholt habe, die man wahrscheinlich einmal vergessen hatte oder die der Wegekolonnen zum Mitnehmen zu schlecht war. — „Man sollte sich schämen, zu verbieten, sich etwas zu holen, was für andere wertlos ist“, meinte er.

Was sie so mit den 2,50 M. pro Woche wohl anfangen? Brot, Kartoffeln, für die Kleinen die Milch und dann einmal ein Pfund Margarine, das andere Mal wieder Kakaoschokolade. Das sei nämlich noch billiger: Margarine koste 37 Pf. das Pfund, Kakaoschokolade nur 32 Pf. —

Und woher das übrige Notwendige? — „Ja, wenn da nicht gute Nachbarn und Bekannte wären —, da fände es wohl noch schlimmer um uns“, gibt die Frau uns zur Antwort. — „Es ist so schon hart genug; — mehr als man oft vertragen kann.“ —

Wir fragen nicht mehr, wir haben genug gehört und gesehen bei diesen Menschen in Not.

„Es ist hart genug — mehr als man ertragen kann!“ Das ist das letzte Echo, das wir mitnehmen von den Arbeitslosen in Westfalen.

Legenschaft ansteigt, damit die im Betrieb gezahlte Lohnsumme sich erhöht. Durch diese Maßnahme soll ein indirekter Druck auf die Unternehmer ausgeübt werden, die Arbeitszeit zu verkürzen und Mehrzeinstellungen durchzuführen. Die Reichsregierung beabsichtigt dabei, „das Tarifrecht und Schlichtungsweisen in seinem wesentlichsten Inhalt aufrecht zu erhalten“. Sie erwartet aber, daß die Beteiligten ihre Verhältnisse mehr als bisher im Wege freiwilliger Selbstbestimmung und ohne staatliche Mitwirkung ordnen.

Diese Maßnahmen gelten zunächst für eine Uebergangszeit von 12 Monaten. Sie sollen „es der Wirtschaft ermöglichen, sich aus ihrer bisherigen Erstarung zu lösen und den eigenen wirtschaftlichen Gesetzen zu folgen“. Die Regierung erwartet von diesen Maßnahmen, wie der Kanzler ausführte, „daß der gewaltige Anstoß, den unsere Volkswirtschaft durch eine Entlastung und Befruchtung um etwa zwei Milliarden Mark und durch eine zusätzliche Beschäftigung von 1 bis 2 Millionen Arbeitslosen erfährt, auch die Lage der Landwirtschaft direkt und indirekt außerordentlich bessern wird“.

Der Kanzler machte neben diesen hauptsächlichsten Ausführungen zum Wirtschaftsplan der Reichsregierung noch weitere grundsätzliche Bemerkungen über die geplante „Stärkung der autoritären Stellung der Regierung gegenüber den Parteien und Parlament“. In dieser autoritären und demokratischen Gewalt der Reichsregierung, die ihr durch die Person des Reichspräsidenten gewährleistet sei, liege auch die Rechtfertigung der Reichsregierung und der Auftrag für ihr Wirken. —

Eine eingehende Stellungnahme zu diesem Programm der Reichsregierung wird erst möglich sein, wenn durch die in den nächsten Tagen zu erwartenden Erläuterungen und Ausführungsbestimmungen die einzelnen Maßnahmen in ihrer Bedeutung und Tragweite ganz zu übersehen sind. Den Erklärungen der Reichsregierung zur Währungsfrage und zu den Grundfragen ihrer allgemeinen Wirtschaftspolitik kann ohne Bedenken zugestimmt werden. Eine andere Frage ist, ob die mit den neuen Maßnahmen einschlagende Praxis einer grundsätzlichen Tendenz der Sicherung der Währung und der Ablehnung einer grundsätzlichen Autarkie noch entsprechen werden.

Anders steht es mit den Plänen der Reichsregierung zur Wirtschaftsbelebung durch Steuerrückvergütung und Lohnsenkung. Die Arbeiterchaft wird insbesondere gegen die letztere stärksten Einspruch erheben müssen. Nicht allein die Sicherung unseres gesamten Tarif- und Lohnvertragswesens wird damit ernstlich in Frage gestellt, sondern auch die Existenzmöglichkeit der noch beschäftigten Arbeiterchaft selbst. Wir werden nach den zu erwartenden weiteren Verhandlungen über die Einzelheiten dieser geplanten Maßnahmen der Reichsregierung noch ausführlich dazu Stellung nehmen. Die grundsätzliche Stellungnahme unserer Bewegung ergibt sich bereits aus der Eingabe des Deutschen Gewerkschaftsbundes an die Reichsregierung.

Das Programm der Papen-Regierung

Arbeitsbeschaffung durch Lohnsenkung!

Auf der Tagung der westfälischen Bauernvereine am 28. August in Münster entwickelte Reichskanzler von Papen in längeren Ausführungen das bereits vorher angekündigte Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung. Ausgehend von einem grundsätzlichen Bekenntnis zur verantwortlichen Staatsführung und zum Gedanken christlich-konservativer Staatsgesinnung betonte der Kanzler zunächst den Willen der Reichsregierung, ohne Rücksicht auf Klasse oder Parteien die Interessen des Gesamtvolkes wahrzunehmen und mit allen Mitteln den Versuchen einer politischen Minderheit entgegenzutreten, die für sich allein das Recht der Staatsführung in Anspruch nehmen wollen.

Im Mittelpunkt der Kanzlerrede standen die Pläne der Reichsregierung zur Belebung der Wirtschaft und Eindämmung der Arbeitslosigkeit. Unter Berufung auf den Reichsbankpräsidenten Dr. Luther lehnte der Kanzler zunächst alle Währungsexperimente nochmals ausdrücklich ab. Ebenso gab er gegenüber den Bestrebungen gewisser Kreise auf Herbeiführung einer vollständigen Autarkie der deutschen Wirtschaft eine ablehnende Erklärung, wobei er allerdings darauf hinwies, daß sich die Reichsregierung grundsätzlich zur Notwendigkeit einer weiteren „maßvollen Regelung der Einfuhr“ bekenne und dahingehende Beschlüsse gefaßt habe. Unter Bezugnahme auf die in den letzten Jahren erfolgte Beteiligung des Staates an privaten Betrieben kündigte der Reichskanzler eine stärkere Geltendmachung des staatlichen Einflusses durch verstärkte Staatsaufsicht und Wahrung der staatlichen Interessen in der Führung der Unternehmungen und eine Kontrolle ihrer Gehaltspolitik an. Kernpunkt des Wirtschaftsprogramms der Reichsregierung wären ausführliche Pläne über Maßnahmen weiterer Arbeitsbeschaffung und Förderung der Verkürzung der Arbeitszeit und Arbeitereinstellungen, die die Regierung dem Reichspräsidenten vorgelegt hat und die im Wege einer neuen Notverordnung verwirklicht werden sollen. Grundsätzlich führte der Reichskanzler zu diesem Plan und seiner allgemeinen Tendenz folgendes aus:

Die Reichsregierung habe beschlossen, neben den bisherigen Notstandsmaßnahmen auf den Gebieten des Straßenbaues, der Wasserwirtschaft, der landwirtschaftlichen Meliorationen, der Hausreparaturen usw., für die bisher 125 Millionen Mark bereitgestellt seien, weitere Gebiete für Notstandsarbeiten zu berücksichtigen. In Frage kommen dafür insbesondere Notstandsarbeiten auf den Gebieten der landwirtschaftlichen Siedlung, der vorstädtischen Kleinsiedlung, des Wohnungs- und Eigenheimbaues und eine verstärkte Förderung des freiwilligen Arbeitsdienstes. Darüber hinaus aber solle durch eine allgemeine Aktion zur Belebung der Privatwirtschaft der Versuch einer Wiederankurbelung der Gesamtwirtschaft gemacht werden. Der Verzicht zahlreicher Produktionsstätten habe einen außerordentlich starken Bedarf an Erhaltungs- und Notstandsarbeiten aufgestaut.

Es komme darauf an, der Wirtschaft die Mittel zur Verfügung zu stellen, für diese Arbeiten die Neueinstellung von Arbeitskräften in größerem Umfang durchzuführen, wobei insbesondere die mittleren und kleineren Betriebe berücksichtigt werden müßten. Für diesen Zweck ist der Einsatz von mehr als zwei Milliarden Mark geplant, die im Wege sogenannter Steueranrechnungscheine der Wirtschaft zur Verfügung gestellt werden. Es sollen für Teile besonders produktionshemmender Steuern, wie der Umsatzsteuer, der Realsteuern, der Gewerbesteuer — übrigens ohne jede Beeinträchtigung des Etats der Länder und Gemeinden — und der Beförderungsteuer, die in der Zeit vom 1. Oktober 1932 bis 1. Oktober 1933 fällig und gezahlt werden, Steueranrechnungsscheine gegeben werden, auf die in den Rechnungsjahren 1934 bis 1938 alle Reichssteuern, einschließlich der Zölle und Verbrauchssteuern, mit Ausnahme der Einkommensteuer, bezahlt werden können. Es wird sich hier um einen Betrag von etwa 1500 Millionen handeln. Diese Ausstattung der Scheine wird es ermöglichen, sie sofort als Kreditmittel zu benutzen. Sie sollen eine Unterlage für die Herannahme und für die Durchführung neuer oder bisher zurückgestellter Aufträge, aufgestauten Erhaltungsbedarf sein und dadurch die Möglichkeit schaffen, neue Arbeitskräfte in den Arbeitsprozeß einzufügen.

Darüber hinaus will die Reichsregierung einen Betrag von weiteren 700 Millionen Mark in Steueranrechnungsscheinen für solche Unternehmungen zur Verfügung stellen, die nachweisen, daß sie mehr Arbeitskräfte als bisher beschäftigen. Für jeden Neueingestellten soll auf ein Jahr gerechnet ein Betrag von 400 Mark in Scheinen gegeben werden. Wird dieser Betrag voll ausgenutzt, so werden 1 1/2 Millionen Arbeiter mehr eingestellt werden können.

Gleichzeitig soll den Arbeitgebern nach der Ankündigung des Reichskanzlers im Rahmen dieser Maßnahme ein „Anreiz zur Streckung der Arbeit durch Verteilung auf möglichst viele Arbeiter“ gegeben werden. Dieser Anreiz soll auf den Gebieten der Entlohnung liegen, und zwar soll der Arbeitgeber ermächtigt werden, wenn er mehr Arbeitskräfte einstellt, den Tariflohn zu unterbrechen. Das Existenzminimum der Arbeiter solle in jedem Falle gewahrt bleiben. Dabei ist bis 31. März nächsten Jahres folgende Regelung vorgesehen: bei einer Arbeitszeit bis zu 30 Wochenstunden bleibt unter allen Umständen der volle Tariflohn bestehen. Entsprechend der Mehreinstellung von Arbeitskräften kann der Lohn für die 30. bis 40. Stunde herabgesetzt werden. Wo eine Neueinstellung von 25 Prozent des Arbeiterstammes vorgenommen wird, kann diese Lohnsenkung für die 30. bis 40. Stunde bis zu 50 Prozent des Tariflohnes festgesetzt werden. Der Lohn soll aber nicht in gleichem Ausmaß ermäßigt werden dürfen, wie die Be-

Der DGB. zum Regierungsprogramm

Gegen weitere Lohnsenkungen.

Der Vorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes veröffentlicht zu dem Wirtschaftsprogramm der Regierung Papen folgende Stellungnahme:

In Uebereinstimmung mit der Reichsregierung halten wir den Versuch, wenigstens einen Teil der Erwerbslosen wieder in eine wirtschaftliche Tätigkeit zurückzuführen, für die dringendste Aufgabe der deutschen Politik. Wir müssen es jedoch auf das entschiedenste verurteilen, daß dieser Versuch auf Kosten des Einkommens der noch in Arbeit stehenden gemacht werden soll. Wenn die Reichsregierung der Meinung ist, der privaten Unternehmungslust einen besonderen Anreiz geben zu müssen, so hätte nach unserer Meinung die Prämie für Neueinstellungen in Höhe eines Steuererrechnungsscheines von 400 Mark für jeden neueingestellten Arbeitnehmer einen ausreichenden Anreiz geboten. Daß darüber hinaus die Neueinstellung noch mit einer Lohnsenkung verknüpft wird, ist nach den gewaltigen Lohnsenkungen und Neubelastungen, denen die Arbeitnehmer in den letzten Jahren ausgesetzt wurden, nicht nur sozial unerträglich, sondern gefährdet u. E. auch den Ankerbelungsplan selbst. Auf diese Weise wird verhindert, daß eine Steigerung der Lohnsumme erreicht wird, die für den Absatz einer erweiterten Produktion unerlässlich ist. Während auf der einen Seite durch Prämien und Erleichterungen die Investitionslust der Unternehmer angeregt werden soll, geschieht auf der anderen Seite nichts für eine Hebung der Kaufkraft. Wenn sich die Reichsregierung für ein System der Rückvergütung besonders produktionshemmender Steuern entschließen zu müssen glaubt, so müßte, um gleichzeitig die Kaufkraft der Arbeitnehmer anzuregen, das System der Steuerrückvergütung auch auf einzelne besonders konsumfeindliche Steuern, wie etwa die Arbeitslosenhilfe, ausgedehnt werden.

Eine große Gefahr für den Ankerbelungsplan der Reichsregierung sehen wir in einer ungerechtfertigten Verschärfung der Wettbewerbsverhältnisse zwischen den Unternehmungen. Diese Gefahr wird noch gesteigert, wenn ein Teil der Betriebe die gebotenen Erleichterungen mißbräuchlich ausnutzt. Wir verlangen daher eine scharfe und ins einzelne gehende Kontrolle unter Einwirkung der Tarifvertragsparteien.

Der Plan der Reichsregierung hat nach unserer Ansicht nur dann Aussicht auf Gelingen, wenn er eine Veränderung in dem Sinne erfährt, daß die Belebung der Wirtschaft nicht einseitig durch Senkung der Lohnkosten und durch Aufbürdung neuer Opfer auf die Arbeitnehmer und durch Würdigung neuer Opfer auf die Arbeitnehmer und die wachsenden öffentlichen Lasten haben dahin geführt, daß durch die Schrumpfung der Arbeitnehmer-Kaufkraft der Absatz der Landwirtschaft und die Mieteinnahme des Hausbesitzes gefährdet sind. Wenn wir gegen ein Weiterstreben auf diesen Wege Einspruch erheben, so tun wir also nicht nur, um die Lebenshaltung unserer Mitglieder zu verteidigen, sondern zugleich auch im Interesse der Gesamtwirtschaft.

Der Tarifabschluss der Dürren-Euskirchener Textilindustrie

In freier Vereinbarung zwischen den beteiligten Gewerkschaften und dem Textilarbeitgeberverband Dürren-Euskirchen...

Zuschläge der Städte zur Arbeitslosenunterstützung

Die monatlichen Unterstützungssätze in der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge wurden durch die letzte Notverordnung...

Unterstützte Kurzarbeiter erhöhen Arbeitslosenzahl

Die Zahl der aus Mitteln der Arbeitslosenversicherung unterstützten Kurzarbeiter ist zwar im zweiten Vierteljahr 1932 etwas gesunken...

Allgemeine Rundschau

Den meisten Angehörigen der christlichen Arbeiterbewegung merkt man, von den Eingeweiden leidet längst als schlimme Tatsache...

richtungen hatte in Wiebeberg den umsichtigen Führer. Der Niedergang der deutschen Bauwirtschaft und damit die Sorge...

Pfarrer D. Mumm zum Gedächtnis

Am 25. Augustschied der weithinbekannte evangelische Pfarrer und Nachfolger E. Adolf Stoeders...

Er war Mitglied des Deutschen Evangelischen Kirchentages und der verfassunggebenden Preussischen Kirchenversammlung...

Von 1912 bis 1918 und von 1920 bis 1932 war D. Mumm Mitglied des Reichstages...

Berichte aus den Ortsgruppen

Coesfeld. Am 9. August veranstaltete die weibliche und männliche Jugendgruppe der Ortsgruppe Coesfeld...

Wir feiern heute den 13. Geburtstag der deutschen Reichsverfassung. Damals, vor 13 Jahren, als nach dem Kriege...

Geleitworte des Tages dankte dann allen, die zu dem Gelingen des Abends beigetragen hatten...

Esingen (Sttg.). Am 5. August fand im Gasthaus zum 'Sägel' eine außerordentlich gut besuchte Versammlung...

Was aus dem Lohnkampf in der württembergisch-hohenloherischen Textilindustrie möchte die rote Gewerkschaftsopposition...

sammlung sprach laut Einladung ein Vertreter der roten Gewerkschaftsopposition der Textilbranche...

Württemberg. Unsere Wander-Trefffahrt im Donautal. Auf eine wunderbare Trefffahrt können die beiden Ortsgruppen Ebingen und Tuttlingen...

Jetzt war auch der Zeitpunkt gekommen, wo wir unsere lieben Tuttlinger erwarten durften...

Artikel: Menschen in Not! - Das Programm der Papen-Regierung. - Der Tarifabschluss der Dürren-Euskirchener Textilindustrie...

Inhaltsverzeichnis

Artikel: Menschen in Not! - Das Programm der Papen-Regierung. - Der Tarifabschluss der Dürren-Euskirchener Textilindustrie...

Schriftleitung: Otto Raier, Düsseldorf, Florastraße 7.